

Green Funds Niederlande

Seit rund zwanzig Jahren wird in den Niederlanden die Innovationsförderung als Hebel für eine grüne Transformation genutzt. Als Teil davon dient das *Green Funds*-Programm zur Mobilisierung privater Investitionen. Vorbildhaft ist dessen intelligenter Hebeleffekt. Mit relativ geringen öffentlichen Mitteln werden private Investitionen für eine grüne Transformation genutzt.

Förderung grüner Innovationen

Seit rund zwanzig Jahren kommen in den Niederlanden eine Reihe von Instrumenten zum Einsatz, um die Innovationspolitik zugleich als Hebel für den Umweltschutz und für eine grüne Transformation zu nutzen. Dazu gehören administrative, politische und rechtliche Maßnahmen, wie beispielsweise im *Green Deal*-Programm. Es zielt unter anderem darauf, gesetzliche Regelungen anzupassen und Hürden zu beseitigen.

Green Funds: Finanzierung durch private Investitionen

Zu diesem Bündel an Maßnahmen gehört auch das 1995 eingeführte Instrument der *Green Funds*, das sehr erfolgreich private Investitionen in grüne Projekte finanziert.

Die *Green Funds* werden von Banken aufgelegt. Unternehmen und andere Initiativen treten mit ihren grünen Vorhaben an die Bank heran, die die Vorhaben wirtschaftlich bewertet und im Fall eines positiven Ergebnisses zur Zertifizierung an eine staatliche Stelle leitet.

Zertifizierte Projekte erhalten begünstigte Kredite, die sich aus den *Green Funds* speisen. Private Anleger erhalten für ihre Einlagen im Gegenzug eine Rendite, die ca. 1 % unter der marktüblichen liegt. Kompensiert wird dies durch Steuererleichterungen, die auf Einlagen bis zu 55.000 Euro gewährt werden.

Kooperativer Ansatz und geringer Verwaltungsaufwand

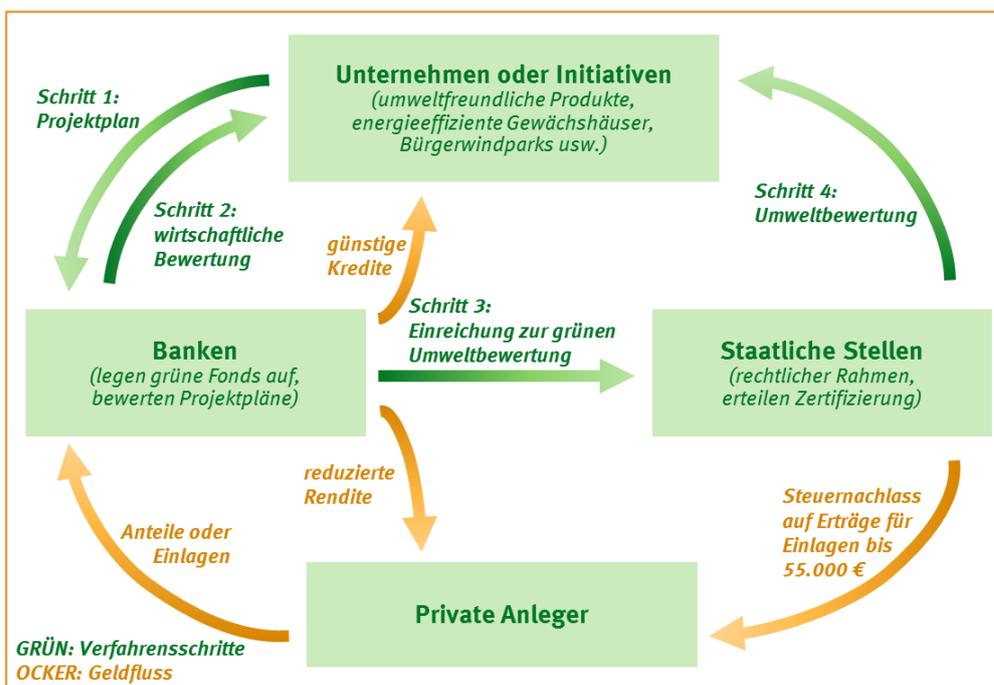
Ein Kennzeichen der *Green Funds* ist die Zusammenarbeit zwischen privater und öffentlicher Hand. Banken übernehmen

Fakten

Im Zeitraum 1995–2013 wurden durch die *Green Funds* insgesamt **7.835 Projekte** mit einem Volumen von **14,25 Mrd. Euro** finanziert.

In den Jahren zwischen 2000 und 2013 waren jeweils zwischen 125.000 und 250.000 private Anleger an *Green Funds* beteiligt.

Ende 2013 hatten 153.000 Anleger im Schnitt 30.000 Euro in *Green Funds* investiert, in der Summe also 4,59 Mrd. Euro.



die Wirtschaftlichkeitsprüfung, um den Erfolg von Projekten sicherzustellen. Die öffentliche Hand prüft den Umwelteffekt der Vorhaben.

Den Anlegern wird durch eine feste Zinsrate eine relativ risikoarme Anlagemöglichkeit geboten. Die Banken erhalten Flexibilität, weil die Green Funds neben den zertifizierten Projekten auch bis zu 30% nicht zertifizierte Vorhaben enthalten dürfen.

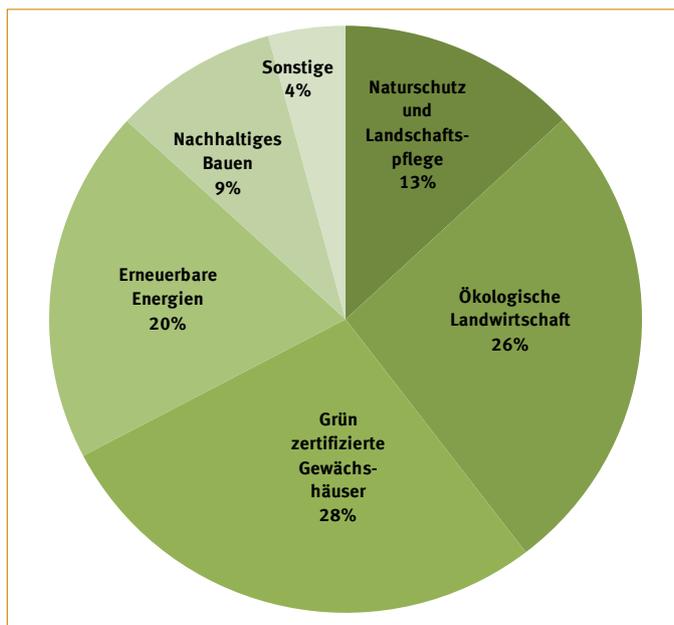
Intelligenter Hebeleffekt

Mit relativ geringen Anreizen in Form von Steuernachlässen in Höhe von 114 Mio. Euro wurde 2013 eine Investitionssumme von 4,59 Mrd. Euro mobilisiert.



Breite Basis

Das Programm der Green Funds richtet sich nicht primär an Großinvestoren, sondern an Anleger auf breiter Basis. Ende 2013 hatten 153.000 Anleger in die Green Funds investiert. Bei einer Investitionssumme von 4,59 Mrd. Euro machte



das im Schnitt 30.000 Euro pro Anleger. Profitiert haben damit nicht nur die Projekte, die über Green Funds finanziert wurden, sondern auch Kleinanleger.

Bewusstseinswandel

Ein Nebeneffekt der großen Zahl von Anlegern und der breiten Streuung der Erträge ist, dass der wirtschaftliche Nutzen einer Green Economy für die Beteiligten unmittelbar erfahrbar wird. Gerade nach den Erfahrungen aus der Finanzkrise ab 2007 besteht die Chance, Anleger von zugleich sicheren und nachhaltigen langfristig orientierten Anlagemöglichkeiten zu überzeugen.

Übertragbarkeit auf Deutschland

Der Ansatz der Green Funds unterscheidet sich von der Förderstruktur in Deutschland, die in vielen Fällen direkt von der staatlichen KfW-Bank getragen wird. Das niederländische Modell böte Möglichkeiten, über die bisherige Förderstruktur hinauszugehen, weil es

- eine große Hebelwirkung erzielt,
- die Finanzierung von vielversprechenden Geschäftsideen, Projekten und Unternehmen ermöglicht, die von den Beteiligten selbst definiert und entwickelt und dann von staatlicher Seite lediglich zertifiziert werden, und
- durch das Erreichen breiter Gruppen von Anlegern zu einem Bewusstseinswandel in Richtung nachhaltiger, langfristig orientierter Investitionsformen beitragen kann.

Vor dem Hintergrund der aktuell niedrigen Kapitalmarktzinsen könnten zusätzliche steuerliche Anreize sehr gering gehalten werden, stattdessen sollte der Fokus der Green Funds auf relativ risikoarme langfristig und ökologisch-sozial orientierte „grüne Investitionen“ gelegt werden.

Jülich/Berlin 2016

Quelle: Renault, Jean-François; Schwietring, Thomas (2016): Übergang in eine Green Economy: Notwendige strukturelle Veränderungen und Erfolgsbedingungen für deren tragfähige Umsetzung in Deutschland. Teilvorhaben: Internationale Bestandsaufnahme des Übergangs in eine Green Economy. Vorab-Bericht zum Endbericht. Unter Mitarbeit von Katharina Schumacher, Gerd Schumacher, Vera Grimm u. Dieter Konold. Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes. Forschungskennzahl 3713 14 103. Dessau-Roßlau, S. 181–189.

Nachhaltige öffentliche Beschaffung

Vereinigtes Königreich

Das Vereinigte Königreich legt in seiner Nachhaltigkeitsstrategie großen Wert auf das Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Akteuren. Besonders geeignet hierfür ist das Instrument der „Nachhaltigen öffentlichen Beschaffung“. Der Staat fungiert hier als Vorbild und zugleich fördert er durch die öffentliche Nachfrage die Entstehung von Märkten für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen. Besonders wirksam ist die Weiterentwicklung hin zu einer strategischen öffentlichen Beschaffung.

Die öffentliche Hand als Vorreiter

Kerngedanke des Instruments ist, dass die öffentliche Hand bei ohnehin zu tätigen Beschaffungen ihre Kaufkraft nutzt, um gezielt Produkte und Dienstleistungen auf Basis von Nachhaltigkeitsstandards zu erwerben. Ohne zusätzlichen finanziellen Förderaufwand werden so wirtschaftliche Anreize gesetzt.

Bereiche öffentlicher Beschaffung

- Bau (Neubau u. Sanierung),
- Straßenbau, Infrastruktur, Instandhaltung,
- Energieversorgung,
- Gesundheitswesen,
- Kleidung, Textilien,
- Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen,
- Verbrauchsmaterial, Druckaufträge,
- Mobiliar und Raumausstattung,
- EDV-Ausstattung,
- Reisen, Fahrzeuge und Transportdienstleistungen,
- Entsorgung und Abfallverwertung.

Besonders effektiv ist das Instrument, wenn die öffentliche Hand auf allen Ebenen, von nationalen Ministerien bis hinunter zu kommunalen Verwaltungen, gemeinsame Standards verwendet.

Märkte für nachhaltige Produkte schaffen

Das Instrument der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung wirkt zweifach.

Auf der symbolischen Ebene übernimmt der Staat eine Vorbildfunktion für die private Beschaffung und auch für den Konsum von Verbrauchern.

Auf der wirtschaftlichen Ebene schafft die öffentliche Nachfrage Märkte für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen. Durch das Volumen der öffentlichen Beschaffung werden Mengeneffekte erzielt, die die Konkurrenzfähigkeit neuer nachhaltiger Produkte am Markt verbessern können.

Ziele und Standards definieren

Voraussetzung für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung sind klare und messbare Ziele oder Standards, die von Produkten und Dienstleistungen erfüllt werden müssen. Abzuleiten sind sie aus der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die als Ziele die Dekarbonisierung, Ressourceneffizienz und Umweltschutz hervorhebt.

Messbare Ziele (Aktionsplan 2007)

- **Flugverkehr** bis 2009:
100.000 t weniger CO₂-Emissionen
- **Straßenverkehr** bis 2011:
75.000 t weniger CO₂-Emissionen
- **Regierungsgebäude** bis 2020:
 - Energieeffizienz um 100 kWh/m² erhöht
 - 180.000 t weniger CO₂-Emissionen
 - 30.000 t Abfall weniger
 - 65.000 t Abfall recycelt
 - 65.000 m³ weniger Wasserverbrauch

(UK Government Sustainable Procurement Action Plan, 2007)

Fakten

Nach Schätzungen der OECD hat die öffentliche Beschaffung in Industrieländern ein Volumen von 10–15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Im Vereinigten Königreich hatten öffentliche Beschaffungen von Gütern und Dienstleistungen 2013/14 ein Volumen von 242 Mrd. Pfund (289 Mrd. Euro).

Die Aufwendungen für öffentliche Beschaffungen im Vereinigten Königreich machten damit rund ein Drittel aller öffentlichen Ausgaben aus.

Die Standards müssen ehrgeizig und zugleich transparent für Beschaffungsstellen und alle anderen Marktakteure sein.

Acht Schritte zu einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

- Ausrichtung neuer Verträge öffentlicher Stellen an den Zielen nachhaltiger Entwicklung
- Festlegung von Prioritäten für besonders wirkungsstarke Bereiche
- Klare Verantwortlichkeit und Leistungsziele
- Budgetplanung und Rechnungslegung
- Qualifizierungsmaßnahmen
- Einheitliche Standards für alle Ressorts und Ebenen
- Koordinierung durch eine zentrale Stelle
- Monitoring und Berichterstattung

Wertschöpfungsketten und Lebenszykluskosten einbeziehen

Die öffentliche Beschaffung unterliegt dem Wirtschaftlichkeitsgrundsatz. Eine wichtige rechtliche Voraussetzung für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung ist, dass sich die Wirtschaftlichkeitsbewertung auf Lebenszykluskosten statt nur auf den Anschaffungspreis bezieht. Gerade im Fall von Immobilien und Investitionsgütern wird damit zugleich Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit auf längere Sicht erzielt.

Informationssysteme etablieren

Vorbildlich ist das Vereinigte Königreich auch durch eine regelmäßige Berichterstattung über Umfang und Wirkungen der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Transparenz wird als wichtiger Bestandteil einer Green Economy betrachtet. Die Regierung veröffentlicht jährliche detaillierte Berichte über Fortschritte hinsichtlich Reduktion von CO₂-Emissionen, Abfallvermeidung, Energie- und Ressourceneffizienz.

Innovationen stimulieren: strategische Beschaffung

Erneut Vorreiter ist das Vereinigte Königreich bei der Verbindung von nachhaltiger und innovationsfördernder Beschaffung. Ziel ist, nicht nur den Bedarf unter Zugrundelegung von Nachhaltigkeitskriterien zu decken, sondern Beschaffung zu nutzen, um Innovationen anzustoßen. Im Kern geht es um eine Verbindung von Nachhaltigkeits- und Innovationspolitik.

Ein Übergang von einer operativen zu einer *strategischen* Beschaffung bedeutet, Bedarfe oder Funktionen beschreiben und Anbieter um möglichst nachhaltige Lösungen konkurrieren lassen. Das Angebotsverfahren würde damit zu einem Wettbewerb um die innovativste Lösung.

Übertragbarkeit auf Deutschland

Auch in Deutschland gibt es Ansätze zu einer an Nachhaltigkeitszielen orientierten öffentlichen Beschaffung, etwa im Bereich der Energieeffizienz von Gebäuden. Allerdings fehlt es an Entschlossenheit, die Spielräume des Vergaberechts zur Definition von entsprechenden Anforderungen zu nutzen.

Mit der Einrichtung eines Kompetenzzentrum innovative Beschaffung (KOINNO) gibt es zudem zwar Ansätze, um öffentlichen Beschaffung auch als Anreiz zu Innovationen zu nutzen. Allerdings wird diese Initiative nicht hinreichend mit Nachhaltigkeitszielen verbunden.

Anzustreben ist ein ressortübergreifender Ansatz zur strategischen öffentlichen Beschaffung, der Nachhaltigkeits- und Innovationspolitik verbindet.

Die Erarbeitung und Implementierung eines „Aktionsplanes für strategische öffentliche Beschaffung“ für Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen wäre zweifellos ein wichtiger Beitrag zur Transition in eine Green Economy in Deutschland.

Jülich/Berlin 2016

Quellen:

Booth, Lorna (2016): Public Procurement. HM Treasury (House of Commons Library / Briefing paper, 6029, 3 July 2015). S. 4. Online verfügbar unter <http://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/SN06029/SN06029.pdf>, zuletzt geprüft am 25.07.2016.

Renault, Jean-François; Schwietring, Thomas (2016): Übergang in eine Green Economy: Notwendige strukturelle Veränderungen und Erfolgsbedingungen für deren tragfähige Umsetzung in Deutschland. Teilvorhaben: Internationale Bestandsaufnahme des Übergangs in eine Green Economy. Vorab-Bericht zum Endbericht. Unter Mitarbeit von Katharina Schumacher, Gerd Schumacher, Vera Grimm u. Dieter Konold. Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes. Forschungskennzahl 3713 14 103. Dessau-Roßlau. S. 111–114, 174–181.

Aktionsplan Grüne Wirtschaft Schweiz

Angestoßen durch eine Volksinitiative aus dem Jahr 2012 bündelt der „Aktionsplan Grüne Wirtschaft“ 27 Maßnahmen, Instrumente und Regelungen aus verschiedenen Politikbereichen. Vorbildhaft ist sowohl die ressortübergreifende Struktur als auch die intensive öffentliche Debatte, die sein Entstehen und seine Ausgestaltung bis heute begleiten.

Grüne Wirtschaft – mehr als Umweltschutz

Umweltschutz, der Erhalt einer intakten Natur, spielt für die kulturelle Identität der Schweiz eine wichtige Rolle. Die seit 2010 geführte Debatte um die Aktualisierung des Umweltschutzgesetzes ging aber weit darüber hinaus. Auf breiter Ebene wurden der ökologische Fußabdruck und der Anteil der Schweiz am globalen Ressourcenverbrauch thematisiert.

Das ursprüngliche Ziel einer 2012 gestarteten Volksinitiative, die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks in der Verfassung festzuschreiben, wurde zwar nicht erreicht. Die intensive öffentliche Auseinandersetzung hat aber einen Handlungsdruck für Politik und Wirtschaft erzeugt und vielfältige Initiativen ausgelöst.

Stärken eines integrierten Ansatzes

Der Aktionsplan bündelt nicht nur Maßnahmen zu klassischen ökologischen Fragen (Biodiversität, Landschafts-, Umwelt- und Klimaschutz) mit anderen relevanten Politikfeldern (Verkehr, Raumordnung, Energie), sondern er macht Zusammenhänge zwischen Politikbereichen deutlich, die ein integriertes Handeln ermöglichen.

Gesellschaftliches Engagement

Der drei Jahre währende Prozess der Ausformulierung des Aktionsplans trägt Früchte, auch wenn er noch nicht abschließend in Kraft gesetzt wurde. Die öffentliche Debatte schärft das Bewusstsein und mobilisiert kreative Lösungen. Unternehmen ergreifen eigene Initiativen statt auf die gesetzliche Regelung zu warten.

Kreislaufwirtschaft und Ressourcensicherheit

Aus Sicht der schweizerischen Unternehmen ist besonders die Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen von Bedeutung. Ansätze zur Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft spielen daher in der rohstoffarmen und von Importen abhängigen Schweiz seit langem eine wichtige Rolle. Dieser Politikbereich gehört zu den am differenziertesten ausgearbeiteten im Aktionsplan.



Grüne Hochtechnologie

Bereits umgesetzt wird der „Masterplan Cleantech“, der ein breites Spektrum von Technologien, Produkten und Dienstleistungen aus den Bereichen Ressourceneffizienz, Mess- und Steuertechnik, Wasser- und Abfallwirtschaft, Recycling und erneuerbare Energien unterstützt. Ihnen gemeinsam ist, dass sie besondere wirtschaftliche Potenziale und Exportchancen für das Hochtechnologieland Schweiz bergen.

Aktionsplan Grüne Wirtschaft

Bereiche und Maßnahmen (Diskussionsstand 2012-2014)

Bereich 1: Konsum und Produktion

1. Ressourceneffiziente Informations- und Kommunikationstechnik
2. Verringerung der Lebensmittelverschwendung
3. Ressourcenschonende Ernährung
4. Verbesserung der Produktumweltinformationen (für Verbraucher)
5. Umweltinformationen zum Sortiment (Berichtspflicht des Handels, Angebotsseite)
6. Beurteilung der Umweltwirkung von Handelsabkommen
7. Mindestanforderungen an das Inverkehrbringen von Produkten
8. Freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft im Bereich Produkte
9. Wirksamkeit internationaler Produktstandards
10. Kompetenzzentrum für Ressourceneffizienz
11. Netzwerk zur Verbesserung der Ressourceneffizienz in Unternehmen

Bereich 2: Abfälle und Rohstoffe

12. Effizienzsteigerung von Abfallanlagen und Produktionsbetrieben
13. Versorgung mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen
14. Rücknahmepflicht für Verpackungen im Konsumbereich
15. Verwendung von Sekundärkies aus Aushubmaterial
16. Anforderungen an neue Baumaterialien und Bauweisen
17. Optimierung des Recyclings seltener technischer Metalle
18. Stärkung der ökologischen Verantwortung der Rohstoffbranche

Bereich 3: Übergreifende Instrumente

19. Verstärkung des internationalen Engagements der Schweiz
20. Internationale Sichtbarkeit der Schweiz als Vorreiterin einer Green Economy
21. Masterplan Cleantech
22. Ökologisierung des Steuersystems

Bereich 4: Messung, Information, Berichterstattung

23. Festlegung von Zielen, Messung des Fortschritts und Berichterstattung
24. Umfassende Wohlfahrtsmessung
25. Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft
26. Erlassentwürfe hinsichtlich Ressourceneffizienz und -verträglichkeit prüfen
27. Verstärkung der Kommunikations- und Sensibilisierungsmaßnahmen einschließlich Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung

Jülich/Berlin 2016

Quelle: Renault, Jean-François; Schwietring, Thomas (2016): Übergang in eine Green Economy: Notwendige strukturelle Veränderungen und Erfolgsbedingungen für deren tragfähige Umsetzung in Deutschland. Teilvorhaben: Internationale Bestandsaufnahme des Übergangs in eine Green Economy. Vorab-Bericht zum Endbericht. Unter Mitarbeit von Katharina Schumacher, Gerd Schumacher, Vera Grimm u. Dieter Konold. Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes. Forschungskennzahl 3713 14 103. Dessau-Roßlau, S. 95–105 und 151–160.

Öko-Modellstädte Japan

Seit den 1990er Jahren wurden mehrere Programme für Modellstädte aufgelegt, die zunächst im Kontext des industriellen Strukturwandels standen, dann aber immer weitergehende Aspekte der nachhaltigen und ressourcen-effizienten Versorgung und Entsorgung bis hin zu umfassenden Ansätzen der nachhaltigkeitsorientierten Stadtplanung aufgriffen.

Megastädte als Labor einer Green Economy

Megastädte stehen in komprimierter Form vor den Problemen, die angesichts planetarischer Grenzen global bewältigt werden müssen: Die begrenzte Verfügbarkeit von Raum, Wasser, Luft, die Versorgung einer wachsenden Bevölkerung und die Entsorgung von Abfällen.

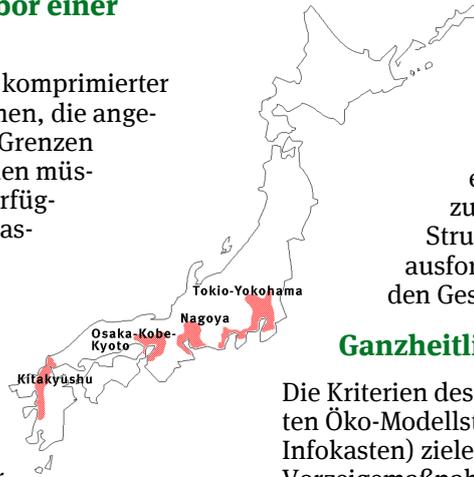
Wie in einer Green Economy insgesamt müssen in Städten für vielfach verknüpfte Probleme wirksame Lösungen gefunden werden: elementare Lebensgrundlagen wie saubere Luft und Wasser, annehmbare Erwerbsmöglichkeiten, Aufbau und Erhalt einer nachhaltigen Infrastruktur, insbesondere emissionsarmer Mobilitätssysteme, und der Erhalt öffentlicher Räume und Grünflächen als Lebensraum.

Globale Verstädterung

Das globale Bevölkerungswachstum konzentriert sich vor allem in Städten. Die Vereinten Nationen prognostizieren, dass im Jahr 2050 66 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben werden. Besonders in Asien wird sich das Wachstum von Groß- und Megastädten fortsetzen. Diese forcierte Urbanisierung wirft eine Reihe von Problemen auf, bietet aber auch Chancen, die für eine Green Economy relevant sind und genutzt werden können.

Japan als Pionierland

Japan war während seines rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs seit den 1970er Jahren das Land mit den am schnellsten



wachsenden Städten. Dadurch war es auch früh mit deren Problemen konfrontiert. Heute muss Japan die Stadtentwicklung nutzen, um zugleich den industriellen Strukturwandel und die Herausforderungen einer alternativen Gesellschaft zu bewältigen.

Ganzheitlicher Ansatz

Die Kriterien des im Jahr 2008 aufgelegten Öko-Modellstädte-Programms (siehe Infokasten) zielen nicht auf einzelne Vorzeigemaßnahmen, sondern auf das Gesamtpaket und den Willen zu einer übergreifenden ökologischen Stadterneuerung, die langfristig angelegt ist und von Seiten möglichst vieler unterschiedlicher Akteure unterstützt wird.

Ziele und Leitlinien

- Umgestaltung zu einer verdichteten, kompakten Stadt (Fußgängerfreundlichkeit),
- Aufbau einer Verkehrsinfrastruktur auf Basis von öffentlichem Personennahverkehr oder von Elektroautos,
- Transformation des Wohnungsbaus (Häuser für die nächsten 200 Jahre, energieeffiziente Häuser),
- Verbreitung der Nutzung erneuerbarer Energien (Solar- und Windenergie sowie Energie aus Biomasse),
- Erschließen ungenutzter Energiequellen aus Abwässern, Müll oder industrieller Abwärme,
- Erhalt und Nutzung von bewaldeten Flächen (als Kohlenstoffspeicher und zur Erzeugung lokal genutzter Rohstoffe).

Fakten

In Japan leben auf einer Fläche, die mit der Deutschlands vergleichbar ist, die anderthalbfache Zahl an Menschen.

2014 leben 93 % der japanischen Bevölkerung in Städten.

Der Großraum Tokio ist mit 38 Mio. Einwohnern die weltweit größte städtische Agglomeration.

Verzahnte Strategien

Kennzeichnend ist, dass der strategische Ansatz auf kommunaler Ebene zugleich Teil einer übergreifenden Strategie zur Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft auf nationaler Ebene ist.



Beide politische Ebenen befördern sich. Diese Verknüpfung liefert auch aus deutscher Sicht wichtige Lektionen.

Aktuelle Fortführung

Als Fortführung wurde 2011 die „Future City Initiative“ aufgelegt, die zusätzlich zu genuinen Aspekten einer grünen Wirtschaft wie Klimafreundlichkeit, Ressourceneffizienz, nachhaltige Energie-

Daten und Kriterien zum
Öko-Modellstädte-Programm
2008

82 Bewerbungen

Kriterien

- Reduktion von Treibhausgasen
- Eignung als Pioniermodell
- Aufgreifen regionaler Bedingungen
- Umsetzungsperspektiven
- Angemessener Aufwand für erreichbare Ziele
- Beteiligung eines breiten Spektrums lokaler Akteure
- Anhaltende Anstrengungen
- Langfristige Wirkungen

13 Öko-Modellstädte

versorgung und wirtschaftliche Entwicklung auch spezifische soziale Herausforderungen aufgreift, etwa hinsichtlich der alternden Gesellschaft—eine Herausforderung, vor der Japan ebenso steht wie Deutschland.

Vorzeigestadt Kitakyushu Environmental Frontier City in Asia

Stark durch Schwerindustrie geprägt, war Kitakyushu aufgrund extremer Luftverschmutzung und industrieller Altlasten zu Beginn der 1980er Jahre ein dringender Sanierungsfall und hat sich seither zu einer Vorzeigestadt entwickelt.

Kitakyushu hat die Krise als Chance begriffen und verfolgt das Ziel, sich als saubere, CO₂-neutrale und ressourceneffiziente ökologische Vorzeigestadt für den gesamten asiatischen Raum neu zu erfinden.

Bausteine sind:

- Modellhafter „Null-Kohlenstoff-Bezirk“ dank aktueller Technologien
- Lokales Stoffstrommanagement und firmen- und branchenübergreifende Cluster
- Versorgung des Umlandes mit ungenutzter Abwärme aus Industrieanlagen
- Weitergabe der Ansätze für eine kohlenstoffarme Gesellschaft an andere asiatische Länder
- Gründung eines „Kitakyushu Asian Center for Low Carbon Society“

Jülich/Berlin 2016

Quelle: Renault, Jean-François; Schwietring, Thomas (2016): Übergang in eine Green Economy: Notwendige strukturelle Veränderungen und Erfolgsbedingungen für deren tragfähige Umsetzung in Deutschland. Teilvorhaben: Internationale Bestandsaufnahme des Übergangs in eine Green Economy. Vorab-Bericht zum Endbericht. Unter Mitarbeit von Katharina Schumacher, Gerd Schumacher, Vera Grimm u. Dieter Konold. Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes. Forschungskennzahl 3713 14 103. Dessau-Roßlau. S. 83–94, 141–151.

Fünfjahresplan Republik Korea

Die Republik Korea unterzeichnete als eines der ersten Länder die OECD-Erklärung für grünes Wachstum von 2009. Parallel wurde eine bis 2050 reichende „Nationale Strategie für Grünes Wachstum“ ausgearbeitet. Zu ihrer Umsetzung wurde ein Fünfjahresplan (2009-2013) vorgelegt, um einen kohärenten Politikrahmen für das neue ökonomische Paradigma zu schaffen.

Rasante nachgeholte Industrialisierung

Seit den 1970er Jahren hat sich die Republik Korea (Südkorea) in rasantem Tempo von einem Agrar- zu einem Industriestaat entwickelt. Hauptindustrieweige waren und sind die Eisen- und Stahlindustrie, der Schiffbau und die Automobilherstellung. Noch stärker als die Wirtschaftsleistung wuchs dabei der Ressourcenverbrauch.

Während das Pro-Kopf-Einkommen noch nicht den OECD-Durchschnitt erreicht hat, liegen der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß pro Kopf deutlich über dem OECD-Durchschnitt.

Ein neues Wachstums-Paradigma

Umweltverschmutzung und die Übernutzung von Ressourcen führten zusammen mit der wirtschaftlichen Krise Ende der 1990er Jahre (Asienkrise) zur Suche nach alternativen Wegen. Das Paradigma des „grow first, clean up later“ soll durch das neue Leitbild „low carbon, green growth“ abgelöst werden. Kennzeichen ist dabei das Festhalten am Wachstum als Kern des neuen Paradigmas.

Ziel 3:

Lebensstandard und internationales Ansehen heben

Grüner Umgang mit Land und Wasser

Grüne Transportsysteme

Grüne Revolution im täglichen Leben

Internationaler Vorreiter für grünes Wachstum werden

Schnell wachsende Bevölkerung

Wichtigster Grund für die anhaltende Wachstumsorientierung ist, dass Erwerbsmöglichkeiten für die wachsende Bevölkerung geschaffen werden müssen.

Vorbild nicht nur für asiatische Nachbarn

Wie für andere asiatische Staaten auch, ist das Bevölkerungswachstum für Südkorea eine zentrale Herausforderung. Dies macht die südkoreanische Strategie für grünes Wachstum zu einem Modell für die gesamte Region.

Hinzu kommt, dass Südkorea zahlreiche Initiativen im Rahmen der UN und der OECD mit vorangetrieben hat, um die eigene Vorreiterrolle zu unterstreichen (Abb. auf der Rückseite).

Politische Vorgaben in zehn Bereichen

Der Ansatz Südkoreas hebt die Bedeutung von Wachstumspoten-

Ziel 2:

Neue Wachstumsmotoren schaffen

Grüne Technologien als Motor

„Vergrünung“ bestehender, Förderung neuer grüner Industrien

Entwicklung industrieller Strukturen

Infrastrukturen für eine Green Economy

Ziel 1:

Minderung des Klimawandels und Energieunabhängigkeit

Reduktion von Treibhausgasemissionen

Reduktion des Verbrauchs fossiler Rohstoffe

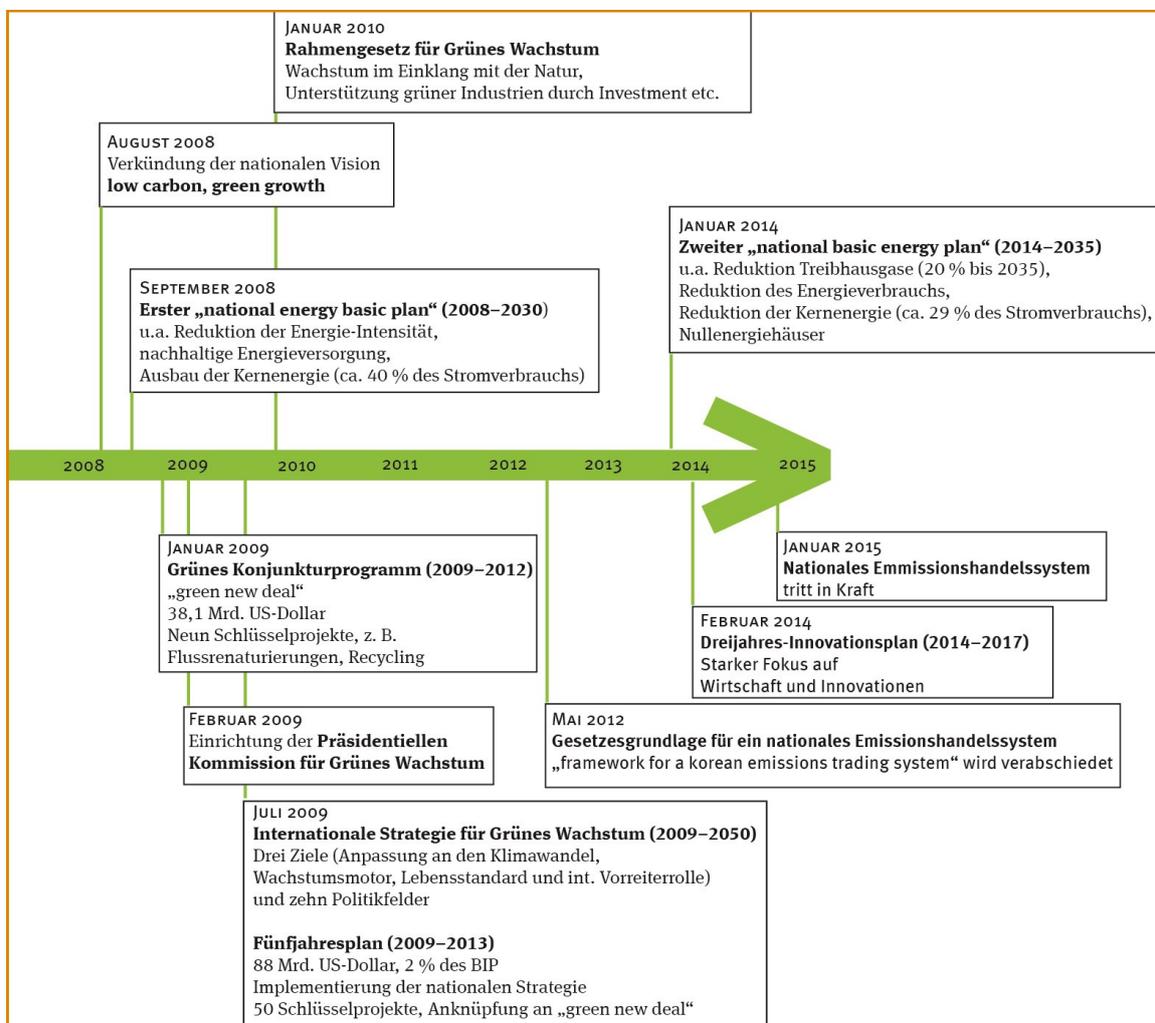
Unabhängigkeit in der Energieversorgung

Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel

zialen hervor – vor allem durch neue grüne Technologien. Zugleich spricht er aber Maßnahmen an, die über eine Förderung grüner Hochtechnologie hinausgehen. Neben Ressourceneffizienz und Klimaschutz sind dies der Aufbau grüner Infrastrukturen, etwa im Mobilitätssektor, und eine „grüne Revolution im Alltag“. Letztere zielt auf einen ethisch fundierten Bewusstseinswandel, durch den das Alltagshandeln zu einem Hebel für Veränderungen werden kann.

Informations- und Kommunikationsindustrie (IKT)

Große Erwartungen werden an die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationsindustrie geknüpft. Mit Firmen wie Samsung und LG ist Südkorea auf dem Weltmarkt präsent. Für die Zukunft wird das Potential für grünes Wachstum besonders in der im Entstehen begriffenen Informationsindustrie und den damit verknüpften Dienstleistungen gesehen.



Jülich/Berlin 2016

Quelle: Renault, Jean-François; Schwierting, Thomas (2016): Übergang in eine Green Economy: Notwendige strukturelle Veränderungen und Erfolgsbedingungen für deren tragfähige Umsetzung in Deutschland. Teilvorhaben: Internationale Bestandsaufnahme des Übergangs in eine Green Economy. Vorab-Bericht zum Endbericht. Unter Mitarbeit von Katharina Schumacher, Gerd Schumacher, Vera Grimm u. Dieter Konold. Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes. Forschungszahl 3713 14 103. Dessau-Roßlau, S. 105–111 und 160–173.